№ 587
B 291
Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 12. Dezember 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Amerikas Eingreifen.

Einigung über den Untersuchungsausschuß.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wlc **London**, 12. Dezember.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Daily News" gibt die folgende ausführliche Darstellung der Vorgänge in Washington wieder:

Zuerst sei amtlich bekanntgegeben worden, daß Präsident Coolidge sein Einverständnis erklärt habe, daß amerikanische Finanzsachverständige, die nicht amtlich tätig seien, sich an der Untersuchung der Finanzlage Deutschlands beteiligen können. Später gab Coolidge beim Pressempfang den führenden amerikanischen Journalisten folgende Gründe an, die seine Entscheidung bestimmt hätten:

1. **Deutschland und England hätten die Vereinigten Staaten gebeten, sich an der Untersuchung zu beteiligen.**
2. Die Vereinigten Staaten seien in erheblichem Umfange Gläubiger der Alliierten und Deutschlands.
3. Die Vereinigten Staaten hätten den Wunsch, am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken.

Aus diesen Gründen hat Coolidge sich damit einverstanden erklärt, daß, obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten nicht direkt in einer Kommission vertreten sein könne, Einladungen von nichtamtlichen amerikanischen Finanzsachverständigen angenommen werden müßten, da die Untersuchung von erheblichem Wert sein würde.

Präsident Coolidge erklärte dann weiter, daß die **Verhandlungen über die deutsche Ernährungsanleihe im Gange seien.**

Der Handelsminister Hoover erklärte, daß Deutschland 200 Millionen Dollar brauche, um bis zur nächsten Ernte die Nahrungsmittel ankaufen zu können. Amerika und England treten dafür ein, daß dem **Zinsendienst einer deutschen Anleihe im Betrag zwischen 70 und 120 Millionen Dollar eine Priorität** vor den Reparationsansprüchen eingeräumt werde.

In Washington verlautet, daß der ehemalige Leiter der amerikanischen Notenbank, Charles Dawes, als amerikanischer Hauptdelegierter eingeladen werden solle.

Die Ernennung der Vertreter.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 12. Dezember.

Die Meldung aus Washington, daß die amerikanische Regierung mit dem Eintritt amerikanischer Sachverständiger in die von der Reparationskommission beschlossenen Unterausschüsse einverstanden ist, wird in Paris freudig begrüßt. Man nimmt hier an, daß die Vereinigten Staaten ihren Beschluß der Reparationskommission und den verbündeten Regierungen heute oder morgen zur Kenntnis bringen, und daß die Reparationskommission am Freitag die Mitglieder der beiden Ausschüsse ernennen kann.

Deutschland im Ausschuß.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

Washington, 11. Dezember. (Reuter.)

Einer hier eingelaufenen Nachricht zufolge verlautet, daß Deutschland die Teilnahme an dem Ausschuß der Reparationskommission zur Untersuchung der Finanzlage Deutschlands und zur Ausgleichung des deutschen Staatshaushalts gestattet werden soll. Dagegen soll in dem zweiten Untersuchungsausschuß über die deutsche Kapitalflucht kein deutscher Vertreter sitzen.

Entwirrung.

Das Chaos im besetzten Gebiet beginnt sich allmählich zu lichten. Die Beschlüsse, die das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung gefaßt hat und die in allen Punkten mit den bereits am letzten Sonnabend morgen veröffentlichten Richtlinien übereinstimmen, versuchen, die Finanzwirtschaft im Rhein- und Ruhrgebiet wieder in geregelte Bahnen zu lenken. Die Verhandlungen mit den Vertretern des besetzten Gebietes und mit der Regierung haben im wesentlichen zu einer Einigung geführt, und auch die umstrittene Frage, die Schaffung eines wertbeständigen Geldes, ist wenigstens provisorisch gelöst worden. Statt der vielerlei zum Teil völlig unfundierten Notgeldarten, die gegenwärtig im Rheinland kursieren, soll vom 1. Januar ab ein einheitliches, wertbeständiges Geld für die ganze Rheinprovinz herausgegeben werden, für das die Kommunen gemeinsam haften und das sie, neben der Deckung durch Goldanleihe, durch eine wertbeständige Anleihe der beteiligten Städte und Landkreise sicherstellen. Die Reichsbank übernimmt keine Verpflichtung zur Einlösung.

Durch diese Regelung, die freilich auch nur den Charakter eines Provisoriums trägt, wird es hoffentlich möglich sein, das in seinen politischen Folgen höchst gefährliche Projekt der autonomen rheinischen Goldnotenbank, wie es vornehmlich von dem Kölner Handelskammerpräsidenten Louis Hagen betrieben wird, hinfällig zu machen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß das zur Zeit wichtigste deutsche Reichsgeld, die Rentenmark, bald auch im besetzten Gebiet die Herrschaft erlangt. Die Bedenken, die gegen die Einführung der Rentenmark im besetzten Gebiet vom Reichsfinanzministerium, und besonders von der Leitung der Rentenbank, geltend gemacht werden, daß man nämlich die Rentenmark nicht der Gefahr der Beschlagnahme durch die Franzosen aussetzen dürfte, vermögen wir nicht ganz zu teilen. Wenn die Franzosen wirklich die Absicht haben, die Rentenmark dadurch zu ruinieren, daß sie sie an den ausländischen Börsen zu einem minderwertigen Kurs auf den Markt werfen, werden sie auch ohne Beschlagnahme Mittel und Wege finden, sich die nötigen Mengen Rentenmark zu verschaffen. Es liegt aber bisher kein sicheres Anzeichen dafür vor, daß sie dies planen. Es ist also auch durchaus im deutschen Interesse gelegen, daß der französische Oberbefehlshaber Tirard, dem bereits vor längerer Zeit ein Gesuch um Genehmigung zur Einführung der Rentenmark im besetzten Gebiet zugegangen ist, sein Placet erteilt. Denn man darf nicht übersehen, welche Gefahren die Zersplitterung der Währung, nicht nur im Rheinland, sondern auch in den Hansestädten, für das Reich mit sich bringen. Währungseinheit ist die Grundlage der Wirtschaftseinheit, und die Wirtschaftseinheit ist wiederum die Voraussetzung modernen staatlichen Lebens. Die Balkanisierung der Währung, die gegenwärtig in Deutschland bedenkliche Fortschritte macht, bedroht daher, wenn bei ihren Urhebern die Absicht dazu auch nicht bestehen mag, schwerer die Einheit des Reiches, als es manche Sonderbündeleien vermögen.

Obwohl freilich die Wirtschaftseinheit im besetzten und unbesetzten Gebiet sich wird aufrechterhalten lassen, ist freilich noch recht ungeklärt. Das Abkommen, das der Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft, Vögler, als Vertreter des Ruhrbergbaus mit der „Micum" abgeschlossen hat, bedeutet — darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben — ein zweites Versailles. Zwar ist das Abkommen als ein Privatvertrag zwischen der Montanindustrie und dem französisch-belgischen Kontrollkomitee mastiert, aber in seinen tatsächlichen Folgen kommt es einem Staatsvertrag völlig gleich. Es bildet eine für Deutschland höchst ungünstige Ergänzung zum Versailler Vertrag, indem es nämlich gerade das bestätigt und festlegt, was von deutscher Seite und auch von hervorragenden Juristen des Auslandes immer wieder als Rechtsfolge des Friedensvertrages gerügt worden ist: Es legt der deutschen Privatwirtschaft unmittelbar Reparationslasten auf; es macht die einzelnen deutschen Unternehmungen tributpflichtig gegenüber den Besatzungsbehörden; es macht, um es rund heraus zu sagen, aus dem Ruhrgebiet ein „produktives Pfand". Produktiv zwar nicht in dem Sinne, daß es etwa die Produktivität des Ruhrbergbaus erhöht. Im Gegenteil ist stets zu befürchten, daß durch die Ablieferungsverpflichtungen und durch den engmaschigen Kontrollapparat, der künftig wie ein Damoklesschwert sich über der Ruhrindustrie erhebt, die Produktivität der Betriebe aufs schwerste gehemmt werden wird. Aber produktiv in dem Sinne, daß die Produktion der Zechen zum Teil für die Besatzungsmächte verfahrt wird.

Die Folgen, die sich daraus für die Montanindustrie ergeben, sind zunächst organisatorischer Art. Die Betriebe im besetzten Gebiet müssen sich, wenn schon nicht auf eine langfristige militärische Besetzung, so doch auf eine fortdauernde Kontrolle seitens der „Micum" gefaßt machen. Zwar ist die Geltungsdauer des Micum-Abkommens vorläufig nur auf wenige Monate beschränkt, aber es ist kaum daran zu zweifeln, daß es in ähnlicher — und jedenfalls kaum in einer für Deutschland günstigeren — Form über den 15. April 1924 hinaus verlängert werden wird. Die Kontrolle durch die „Micum" zwingt die Leiter der großen Montan-Konzerne,

Der Ernst der Finanzlage.

Appell an den Völkerbund?

Der Pressedienst der Zentrumspartei schreibt über den Ernst der Finanzlage:

„Es hat immer noch den Anschein, als wenn weite Kreise — nicht diejenigen, die mit den öffentlichen Geschehnissen in unmittelbarer Verbindung stehen — über den wahren Ernst unserer Finanzlage nicht hinreichend unterrichtet sind. **Das Abstoppen der Notenpresse hat die Reichsfinanzen in eine geradezu furchtbare Lage gebracht.** Es ist ein schweres Geschick, daß die Währungssanierung, deren Voraussetzung ja die Einstellung der Notenpresse war, das Reich selber an den Rand des Abgrundes bringt. Der Rentenmarkkredit in Höhe von 1200 Millionen geht allmählich zur Neige. Andeutungen deuten, daß die Reichsregierung beabsichtige, eine Verwahrung dieses Kredits zu fordern, haben den schärfsten Einspruch aus Kreisen der Rentenbank selber erfahren. Andererseits hat auch der Reichsfinanzminister im Reichstage erklärt, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, die bisherigen Kreditgrundlagen der Rentenbank anzutasten. In der Tat kann und darf die Rentenbank eine Erweiterung des Reichskredits an Rentenmark nicht vornehmen, denn in demselben Augenblick wäre der Schutzwall für die Rentenmark durchbrochen, und einer Rentenmarkinflation die Bahn geöffnet.

Was soll in dieser geradezu tragischen Lage das Reich tun? Es versucht, seine Bedürfnisse dadurch in etwas zu befriedigen, daß es **goldaufgewertete Steuern noch im Monat Dezember einzubringen** sucht. Die erst für den Januar fällige Rhein-Ruhr-Abgabe, die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer werden in den nächsten Tagen erhoben, ferner ist für den Anfang Januar eine weitere Erhebung der Brotversorgungsabgabe, ebenfalls auf Gold gestellt, vorgesehen.

Aber alle, noch so scharfen, ja sozusagen brutalen Steuern können uns aus dem gegenwärtigen Finanzelend nicht herausheben. Es bleibt dem Reiche tatsächlich nichts anderes übrig, als sich um **Hilfe von außen zu bemühen.** Zur Stunde schweben Verhandlungen über die Gewährung einer ausländischen Anleihe. Ein kleiner Anfang ist gemacht, aber zu großen Entschließungen ist es noch nicht gekommen.

Die Reichsregierung wird sich deshalb klar darüber werden müssen, in welcher Form sie offiziell die Hilfe des Auslandes anruft. Nach den Erfahrungen, die bisher mit solchen Anträgen bei der Reparationskommission oder bei der Botschafterkonferenz gemacht worden sind, besteht nicht viel Neigung, diesen Weg erneut zu beschreiten. So ist es erklärlich, daß eine **starke Strömung für einen Appell an den Völkerbund** sich geltend macht, eine Strömung also, die für Deutschland den gleichen Weg empfiehlt, den Oesterreich gegangen ist. Dabei muß man sich bewußt sein, daß äußere Hilfe ohne eine sehr erhebliche Einschränkung unserer Souveränität gerade auf finanziellem Gebiete nicht erhältlich ist.

Schlanges Pronunciamiento.

Der Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei tritt morgen zu einer Sitzung zusammen, in der es anscheinend sehr lebhaft zugehen wird. Als Auftakt veröffentlicht der Landtagsabgeordnete Schlange-Schöningen einen Artikel, der nicht zufällig in der „Deutschen Zeitung" erscheint, die bekanntlich mehr der völkischen Richtung dient, als der Deutschnationalen Partei.

Herr Schlange, der von den Deutschnationalen wiederholt in auffallend bestimmter Weise als ihr Kandidat für den Posten eines Reichsernährungsministers genannt wurde, zieht aus dem Scheitern des Versuches, sich mit Hilfe parlamentarischer Machenschaften in den Besitz der Macht in Preußen zu setzen, den Schluß, daß mit dem Parlament nichts zu machen sei. Er gibt auch die mit so viel demagogischem Eifer verfochtene Neuwahlparole auf, indem er zugesteht, daß selbst, wenn die kühnsten Erwartungen der Deutschnationalen sich erfüllten, an eine deutschnationale Mehrheit unter keinen Umständen zu denken sei. Bei einer Koalitionsregierung aber gerate die Partei in dieselbe Abhängigkeit von den linksstehenden Gruppen, wie bisher die Deutsche Volkspartei. Nach dem Vorbild des linken Flügels der Kommunisten empfiehlt der ostpreußische Gutsbesitzer **die grundsätzliche Ablehnung jeder Beteiligung an einer parlamentarischen Regierung.** Darüber hinaus bekennt er sich offen zu dem, was er **„nationale Revolution"** nennt, das heißt zu dem Versuch, der Mehrheit des Volkes die Gewaltherrschaft der rechtsradikalen Kreise aufzuzwingen. Er erklärt wörtlich:

„Neben wir dem Volk einen neuen Glauben, indem wir als stärkste bürgerliche Partei in aller Offenheit dem verbrauchten Gedanken der internationalen Revolution, den unverbrauchten Gedanken der nationalen Revolution entgegensetzen."

Dieses Programm, das offenbar bei der morgigen Sitzung der Deutschnationalen Volkspartei durch die Drohung mit dem Austritt aufgezwungen werden soll, bedeutet, daß die rechtsradikalen Kreise heute befürchten, eine günstigere Entwicklung der außen- und innenpolitischen Lage werde ihre hochgespannten Hoffnungen auf die Ergreifung der Macht vernichten. Die Spekulation auf die allgemeine Nervenzerrüttung, die das deutsche Volk dazu bringen werde, sich freiwillig unter das Joch der Rechten zu begeben, erscheint heute weniger sicher. Daher die nervöse Aufregung, die aus dem Aufruf des Herrn Schlange spricht. Ob die Offenheit, mit der er seine Pläne enthüllt, gerade klug ist, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird man den Beschlüssen des deutschnationalen Parteivorstandes mit Interesse entgegensehen.